



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Soziale Ausgestaltung des Digitale Identitätengesetzes (EUDI Wallet) Schutz vor Exklusion, Barrierefreiheit und Profilbildung sicherstellen

Aktuell seit 25.06.2026 09:40:09

Angegeben von:

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V. (R002086) am 25.06.2026

Beschreibung:

Der Paritätische Gesamtverband begrüßt die Einführung der EUDI-Wallet grundsätzlich als öffentliche digitale Infrastruktur, sieht in der vorliegenden Ausgestaltung jedoch erheblichen Nachsteuerungsbedarf in Bezug auf soziale Gerechtigkeit, Grundrechte, Barrierefreiheit und die Lebensrealitäten vulnerabler Personengruppen. Der Paritätische fordert insbesondere: keine faktische oder formale Nutzungspflicht der Wallet, verbindliche und überprüfbare Barrierefreiheit, rechtsklare Regelungen zu Vertretung und Assistenz, systematische Einbindung der Freien Wohlfahrtspflege sowie strikte Zweckbindung von Attributsdaten zum Schutz vor automatisierten Bewertungs- und Entscheidungsverfahren.

Zu Regelungsentwurf

1. Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes über die Europäische Briefftasche für die Digitale Identität und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften (Digitale Identitätengesetz - DIdG) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 26.03.2026

Federführendes Ministerium: BMDS [alle RV hierzu]

Betroffene Interessenbereiche (5)

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]

Digitalisierung [alle RV hierzu]

Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse [alle RV hierzu]

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. SG2606230037 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.04.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS)

[alle SG dorthin]